



Rudolf IV. der Stifter

Stiftung Aktuell Infomail Oktober 2013

16. Generalversammlung 2014 mit Podiumsdiskussion: „Arbeit ohne Kapital“

Muhm. „Unternehmensentscheidungen in einer Hand ist eine gute Sache.“

Mit einem klaren Bekenntnis zu Stiftungen, die den Zusammenhalt von Vermögen und Unternehmen garantieren, sorgte AK-Direktor Werner Muhm in der Podiumsdiskussion anlässlich der 16. Generalversammlung des VÖP mit Agenda Austria-Direktor Franz Schellhorn für einen konstruktiven und lebendigen Diskurs.

Die einstündige Podiumsdiskussion im Rahmen der 16. Generalversammlung des Verbandes Österreichischer Privatstiftungen am 23. Oktober 2014 war lebendig, wenig heftig, vielmehr sehr zivilisiert, doch intensiv. Das Thema „Arbeit ohne Kapital“ hatte mehr als 90 Gäste in den Spiegelsaal des Kaiserpalais in der Wiener Innenstadt gelockt. Grund für den zahlreichen Besuch war wohl auch die Auswahl der Diskutanten, die bereits vorab einen spannenden Abend versprochen hatten: der frühere „Presse“-Journalist Franz Schellhorn, seit Februar 2013 Leiter des unabhängigen, liberalen Think-Tank Agenda Austria, und der langjährige Direktor der Arbeiterkammer, Werner Muhm, bekannt als einer der engsten Berater von Bundeskanzler Werner Faymann.

Obwohl naturgemäß gesellschafts- und wirtschaftspolitische Fronten aufeinanderprallten, entspann sich am Podium unter der Leitung von Kurier-Chefredakteursstellvertreterin Martina Salomon ein konstruktiver Diskurs, in dem Muhm einiges an Verständnis für die Anliegen und die Berechtigung von Stiftungen erkennen ließ: „Das Zusammenhalten der Vermögen und das Übertragen an die nächste Generation ist sinnvoll. Und ich sage, ja wir wollen Stiftungen in Österreich haben.“ Dennoch gebe es zu wenige Stiftungen in Österreich bedauerte Schellhorn, der gleichzeitig die steuerlichen Regelungen gegenüber den 3300 Stiftungen mit einem Stiftungsvermögen von rund 70 Milliarden Euro kritisierte: „Bösartige Zungen sagen, dass man die Stiftungen in die Falle gelockt hat. Jetzt stehen diese mehr oder weniger in der Situation einer Steuerstundung.“

„Neue Steuern sind Reformvermeidung“

Zentrales Thema des Abends waren nichtsdestotrotz neue Steuern in Form einer Substanzbesteuerung von Vermögen, die - wie bereits hinlänglich bekannt - in sozialdemokratischen Kreisen stark befürwortet wird, wie Muhm, der auch Mitglied der

Steuerreform-Arbeitsgruppe ist, betonte: „Bei der Steuerreform wird sicher ein Vorschlag zur Vermögenssteuer, auch zu einer Erbschafts- und Schenkungssteuer kommen. Die Erbschafts- und Schenkungssteuer gibt es in fast allen Ländern. Die Kollegen der ÖVP tun sich daher schwer, sie abzulehnen. Sie hat nichts mit der Leistungsgesellschaft zu tun. Vermögenssteuer ist schwieriger umzusetzen. Doch bei der Erbschafts- und Schenkungssteuer gibt es wenige Argumente dagegen.“ Für Schellhorn ist jede neue Steuer eine „Reformvermeidungssteuer“. Er kritisierte die viel zu hohe Steuer- und Abgabenquote von 45,4 Prozent, wobei er auch die Problematik der hohen Sozialversicherungsbeiträge ins Spiel brachte: „Jemand, der 1500 Euro verdient, hat kein Lohnsteuer-, sondern ein immenses Sozialversicherungssystemproblem. Der Staat beansprucht zu viel von unserem Arbeitseinkommen,“ wettete Schellhorn. „Kinder, die in den ‚falschen Bezirken‘ wohnen, sind von vornherein benachteiligt. Dass 25 Prozent der Schüler nach Ende der Schulpflicht den Lesestandard nicht erreichen - solche Probleme, werden auch nicht mit einer neuen Erbschafts- und Vermögenssteuer gelöst.“ Muhm stimmte zwar zu, dass die derzeitige Steuerquote zu hoch sei und auch mit einer Quote von 40 und 45 Prozent ein Wohlfahrtsstaat zu erhalten sein müsse. Beim möglichen Weg zu einer niedrigeren Quote war es mit der Einigkeit jedoch schon wieder vorbei: Während Muhm vor allem eine Steuerstrukturreform einmahnte, in der Arbeitseinkommen entlastet werden sollen, denn „in der Besteuerung des Kapitals sind wir laut OECD von 50 auf 20 Prozent heruntergegangen,“ hält Schellhorn eine Besteuerung von Vermögen für den falschen Weg: „Bei zu hoher Besteuerung kommt es zu einer Kapitalflucht. Beispiel Frankreich: In nur zwei Minuten sind 80, einige Jahre zuvor 125 Milliarden Euro aus dem Land geschafft worden.“

„Mittelschicht kommt unter die Räder“

Bei der Debatte, ob Österreich mehr Reiche braucht, spitze sich die Ideologie der Diskussion zu: „Wir kommen nicht damit zurecht, dass einige unfassbar reich werden. Damit sollten wir aber zurechtkommen, weil es ein Grundprinzip der Marktwirtschaft sein soll, dass man diese Karrieren zulässt,“ sagte Schellhorn, dem Muhm entgegenhielt, dass „man doch sehe, dass der Mittelstand unter die Räder kommt, die obersten gewinnen dazu, die Mittelschicht stagniert und die unteren Schichten verlieren.“ Auf den von Muhm ins Treffen geführten Begriff der „Vermögensoligarchien“ konterte der Agenda-Austria-Chef: „Wenn es eine Oligarchie gibt, dann sicher die des österreichischen Funktionärswesens: Zwei Kammern sind mittlerweile in der Verfassung und haben sich pragmatisiert. In Europa ist das einzigartig.“

Gegen Ende der Veranstaltung kam noch Thomas Piketty ins Spiel, der mit seinem Bestseller „Das Kapital im 21. Jahrhundert“ Stichwortgeber für die Podiumsdiskussion gewesen war. Die These des französischen Ökonomen, wonach die hohen Vermögenszuwächse eine Folge der Niedrigzinspolitik seien und somit nicht die Investitionen sondern die Immobilienpreise steigen, ist für Schellhorn unter anderem eine Folge der Globalisierung. Dem Argument, dass Stiftungen tatsächlich Familienvermögen zusammenhalten, können beide Diskutanten zustimmen. Muhm abschließend: „Ich sehe große Vorteile in den Stiftungen. Wenn man Unternehmensentscheidungen in einer Hand hält, ist das eine gute Sache.“

Herausgeber: **Verband Österreichischer Privatstiftungen**
Wallnerstraße 3/Top 19, A-1010 Wien
Kontakt: Gerlinde Maschler, E-mail: office@stiftungsverband.at
Telefon & Fax: +43 (1) 532 83 83